

Das Wochenmagazin der SPÖ · www.spoe.at

SPÖ ***Aktuell***

20. November 2009 · Nr. 40 · 0,73 Euro

A close-up portrait of a middle-aged man with grey hair, wearing a dark suit, white shirt, and blue tie. He is smiling slightly and looking off-camera to the right. The background is blurred, showing other people in a public setting.

**SPÖ-Politik ist Politik
sozialer Gerechtigkeit**

Kein Sozialabbau

Für Bundeskanzler Werner Faymann stand und steht eines immer außer Frage: Mit der SPÖ in der Regierung wird es keinen Abbau von Sozialleistungen und keine neuen Belastungen für den Mittelstand geben.



Zinner

Mit der SPÖ in der Regierung wird es keinen Abbau von Sozialleistungen oder neue Belastungen für den Mittelstand geben.

Die Angelobung der Regierung Faymann im Dezember 2008 stand wirtschafts- und finanzpolitisch unter keinem guten Stern. Weltweit prognostizierten ExpertInnen die größte Finanzkatastrophe und Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg. Mit aller Kraft galt es seither, gegen die Auswirkungen der Krise anzukämpfen und dabei den Abbau von Sozialleistungen und neue Belastungen für den Mittelstand zu verhindern. Mit zwei Konjunktur- und Arbeitsmarktpaketen reagierte die SPÖ-geführte Bundesregierung rasch und richtig auf die Auswirkungen der Krise. Mit Werner Faymann als Bundeskanzler wird es jedenfalls keine Kürzungen bei den sozial Schwachen und auch nicht beim Mittelstand geben. "Ich lasse nicht zu, dass Menschen gegeneinander ausgespielt werden", so Faymann.

Geringster Anstieg der Arbeitslosigkeit im europäischen Vergleich

Dass die beiden Konjunktur- und Arbeitsmarktpaket zu den besten in Europa zählen, zeigt Österreichs Arbeitslosenrate im europäischen Vergleich. So verfügt Österreich über die zweitniedrigste Arbeitslo-

senrate und den geringsten Anstieg der Arbeitslosigkeit in Europa. Gemeinsam mit dem AMS konnten seit 1. Jänner 2009 455.000 arbeitslose Menschen wieder in Beschäftigung gebracht werden. Denn: Erwerbstätigkeit ist immer noch der beste Schutz gegen Armut. Durch die beiden Arbeitsmarkt- und Konjunkturpakete konnten 100.000 Jobs in Österreich gerettet werden. "Ohne diese Maßnahmen wäre die Arbeitslosigkeit in Österreich um ein Drittel höher", so Sozialminister Rudolf Hundstorfer.

MASSNAHMEN IM KAMPF GEGEN ARBEITSLOSIGKEIT

Verlängerung der Kurzarbeit

Verlängerung auf 24 Monate und Verknüpfung mit Qualifizierung.

Aktion 4.000 für Österreich

Mit der „Aktion 4.000 für Österreich“ erhalten über 4.000 Menschen mit Problemen am Arbeitsmarkt die Chance, in Gemeinden aber auch bei kirchlichen oder caritativen Einrichtungen einen Arbeitsplatz zu finden.

Qualifizierungsbonus

Über 40 Prozent der Arbeitslosen verfügen nur über einen Pflichtschulabschluss. Qualifizierung und Weiterbildung sind der beste Schlüssel im Kampf gegen Arbeitslosigkeit. Um dies weiter zu forcieren, wird der Qualifizierungsbonus ab 1. Jänner 2010 erhöht. Ein Familienvater mit zwei Kindern wird 73 Prozent statt 61 Prozent Nettoersatzrate erhalten, wenn er sich zu einer Weiterbildung entschließt, eine alleinerziehende Mutter mit einem Kind sogar 91 Prozent.

DIE JUGEND IM FOKUS

Junge Menschen ohne gute Ausbildung landen häufig in Armut und Perspektivlosigkeit. Die Jugend braucht positive Perspektiven, eine gute Ausbildung und fixe Arbeitsplätze. Die SPÖ-geführte Bundesregierung hilft mit, diese Chancen für unsere jungen Leute zu schaffen.

Ausbildungsgarantie für Jugendliche bis 18 Jahre

Das Kontingent für die überbetrieblichen Lehrgangsplätze wird um rund 2.000 auf

mit der SPÖ

12.300 angehoben. Somit wird jedem Jugendlichen ein Angebot am Lehrstellenmarkt gemacht.

Aktion Zukunft Jugend

Mit der "Aktion Zukunft Jugend" garantiert die Bundesregierung jugendlichen Arbeitslosen zwischen 19 und 24 Jahren, innerhalb von sechs Monaten ein Angebot für einen Arbeitsplatz, eine zielgerichtete Schulung oder eine geförderte Beschäftigung.

Jugendstiftung

Die Jugendstiftung bietet 2.000 - überwiegend jugendlichen Arbeitslosen - die Chance, sich in Zeiten der Krise besser zu qualifizieren.

Unterstützung von Ein-Personen-Unternehmen

Nehmen Ein-Personen-Unternehmen erstmals einen Beschäftigten im Alter zwischen 19 und 30 Jahren auf, übernimmt das AMS für ein Jahr die Sozialversicherungsbeiträge des Dienstgebers.

IM KAMPF GEGEN ARMUT – FÜR MEHR SOZIALE GERECHTIGKEIT

Steuerreform

Von der Steuersenkung im Ausmaß von 3,2 Milliarden Euro profitierten vor allem Personen mit kleinen und mittleren Einkommen.

Bedarfsorientierte Mindestsicherung

Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung tritt mit 1. September 2010 in Kraft und schafft ein bundesweit einheitliches Mindestniveau zur Armutssicherung. Für Beziehenden der Mindestsicherung gelten die gleichen strengen Kriterien wie beim Arbeitslosengeld und der Notstandshilfe.

Erhöhung des Pflegegelds

Mit der Erhöhung aller Pflegegeldstufen selektiv nach Stufen zwischen vier und sechs Prozent sowie neuen pauschalierten Erschwerniszuschlägen wurde die umfangreichste Verbesserung in der Pflege seit Einführung des Pflegegeldes im Jahr 1993 umgesetzt.

Kostenloses Kindergartenjahr

Die Einführung des kostenlosen Kindergartenjahres für alle 5-Jährigen bringt eine spürbare Entlastung für die Familien in Österreich

Kindergeld Neu

Das Kinderbetreuungsgeld Neu gibt es nun in fünf Varianten, dazu steht für einkommensschwache Familien eine Beihilfe zur Verfügung. Stolz ist Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek vor allem auf die Einführung des einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeldes – ein Meilenstein in der Frauenpolitik ist geschafft.

KEIN ANSETZEN DES SPARSTIFTS BEI SOZIAL SCHWACHEN UND MITTELSCHICHT

Hacklerregelung bleibt bis 2013

Versprechen, die vor einer Wahl gegeben wurden, müssen halten. Deshalb stellt Bundeskanzler und SPÖ-Parteivorsitzender Werner Faymann klar, dass die Hacklerregelung – wie versprochen und im Nationalrat mit den Stimmen aller Parteien beschlossen – bis 2013 bleiben wird. Rund 100.000 Menschen sind von dieser gesetzlich fixierten Regelung betroffen, haben ihr Leben danach ausgerichtet und unzählige junge Menschen rechnen mit freierwerden der Arbeitsplätze.

Transferkonto: Will Pröll bei Sozialleistungen einsparen?

Dem ÖVP-Wunsch nach Transferkonten steht die Sozialdemokratie kritisch gegenüber, zumal noch immer nichts Konkretes vorgestellt wurde. Dennoch erhärten sich die Verdachtsmomente, dass damit Einsparungen bei Sozialleistungen vorbereitet werden sollen.

Keine Wiedereinführung der Studiengebühren

Jedes Kind und jeder Jugendliche muss die selben Chancen auf Bildung haben. Der sozialen Selektion im Bildungssystem erteilt die Sozialdemokratie eine klare Absage. Daher wird es mit der SPÖ in der Regierung zu keiner Wiedereinführung von Studiengebühren kommen. ♦

INFO

Weitere sozialpolitische Maßnahmen der SPÖ-geführten Regierung

- » Begleitende einkommensstärkende Maßnahmen wie die Senkung der Arbeitslosenversicherung
- » Rekordbudget für aktive Arbeitsmarktpolitik: Heuer 1,411 Milliarden Euro, 44 Prozent mehr als im Vorjahr
- » Verbesserungen bei der Altersteilzeit
- » Verbesserungen bei der Bildungskarenz
- » Gesicherte Pensionen: Inflation wird abgegolten
- » Kosten der Gebietskrankenkassen werden gedämpft
- » Schaffung des Krankenkassen-Strukturfonds

"Wenn es aber um eine Neiddebatte oder das Streichen von Sozialleistungen geht, wird man mit unserer erbitterten Gegnerschaft rechnen müssen."

Bundeskanzler Werner Faymann

„Wenn der Finanzminister ein Konto einrichten will, gehe ich davon aus, dass er davon etwas abheben will.“

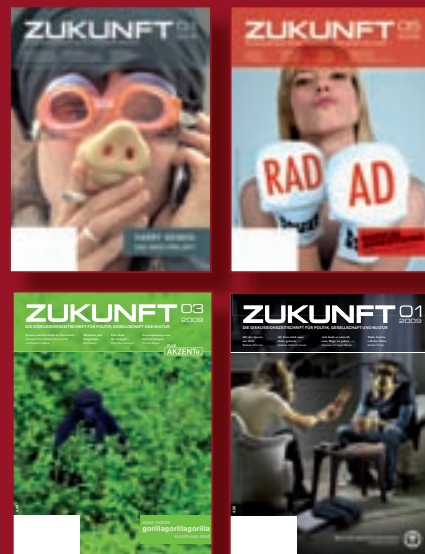
Sozialminister Rudolf Hundstorfer über die ÖVP-Idee eines Transferkontos

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Chefredakteur: Alexander Lutz, Chefin v. Dienst: Mag^a. Ute Pichler, Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel, Boris Ginner, Mag^a. Birgit Jung, Martin Oppenauer, Susanne Vockenhuber, Markus Wagner, Fabian Max Wallner
Layout: Max Stohanzl, Bildredaktion: Emil Goldberg, Coverfoto: Zinner
Bildbearbeitung: Max Stohanzl, Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275, Verlag der SPÖ GmbH, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Hersteller: Donau-Forum-Druck, 1230 Wien
E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

»Die Zukunft soll man nicht voraussehen wollen, sondern möglich machen.«

ANTOINE DE SAINT-EXUPÉRY



ZUKUNFT ABONNEMENT

Kupon ausschneiden

& einsenden an:

Verlag der SPÖ GmbH

Löwelstraße 18

1014 Wien

Ich bestelle

☐ ein ZUKUNFT-Schnupperabo (3 Hefte) um 8,- Euro

☐ ein ZUKUNFT-Jahresabo (11 Hefte) um 44,- Euro

Name:

Straße:

Ort/PLZ:

Tel.:

E-Mail:

Unterschrift:

BESTELLEN SIE JETZT IHR JAHRESABO



nur
21€

Aktuelle Informationen | Hintergrundberichte | Analysen

Bestellen Sie Ihr Abo per Telefon unter 0810-810-211, über Internet: www.spoe.at
oder schreiben Sie uns: SPÖ Aktuell, Löwelstr. 18, 1014 Wien